Protokoll

8. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, zentrale Verwaltung und Feuer- erschutz

Sitzungstermin:	Montag, 27.11.2023
Raum, Ort:	Konferenz- und Schulungszentrum, Werner-Nordmeyer-Str. 13, 31226 Peine
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:01 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Herr Björn Busse

Mitglieder

Herr Maik Burgdorf

Herr Matthias Möhle

Vertretung für: Herrn Oliver Wedekind

Herr Christoph Moritz

Frau Simone Pifan

ab 17.15 Uhr

Frau Antje Schulz

Frau Marion Övermöhle-Mühlbach

Herr Günter Schmidt

Herr Christian Falk

Frau Claudia Wilke

Herr Jan Wouter van Leeuwen

Grundmandat

Herr Günther Engelhardt

Herr Christian Meyer

Vertretung für: Frau Birgit Reimers

Bürgervertretung

Herr Jürgen Rubin

Protokollführung

Frau Maren Samland

Verwaltung

Frau Bettina Conrady

Frau Marina Geerts
Herr Christian Gleicher
Herr Dirk Hornemann
Herr Fabian Laaß
Herr Bernd Leunig
Frau Emine Öztürk
Herr Frank Samland
Frau Silke Tödter
Frau Sarah Tomalik
Frau Martina Witte
Herr Rüdiger Ernst

Entschuldigte:

Mitglieder

Herr Oliver Wedekind entschuldigt

Grundmandat

Herr Karl-Heinrich Belte entschuldigt

Frau Birgit Reimers entschuldigt

Bürgervertretung

Herr Sven Anders entschuldigt

Frau Janna Giere entschuldigt

Frau Raphaela Klotz entschuldigt

Herr Marc Weidlich unentschuldigt

Herr Andreas Bierig unentschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.09.2023
- 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
- 6 Rettungsdienst: Erlass einer Gebührensatzung
- 7 Änderung der Jagdsteuersatzung
- 8 Produktbericht Jahresabschluss 2022 für das Dezernat "Zentrale Verwaltung, Ordnung und Recht" ohne Fachdienst "Schule, Kultur und Sport"
- 9 Produktbericht Jahresabschluss 2022 für das Budget "Landrat und Stabsstellen"
- 10 Produktbericht Jahresabschluss 2022 für das Budget "Allgemeine Finanzierungsmittel"
- 11 Beteiligungsbericht des Landkreises Peine 2023
- 12 Doppischer Produkthaushalt 2024 für das Dezernat "Zentrale Verwaltung, Ordnung und Recht" ohne Fachdienst "Schule, Kultur und Sport"
- 13 Doppischer Produkthaushalt 2024 für die Budgets des Landrates, der Referate 1 bis 4 sowie Personalrat und Rechnungsprüfungsamt
- 14 Doppischer Produkthaushalt 2024 für das Budget 8 - Allgemeine Finanzierungsmittel
- 15 Maßnahmen der Fachdienste des Dezernats I ohne "Schule, Kultur und Sport" sowie der Referate 1 bis 4 zur Aufnahme in das Haushaltssicherungskonzept
- 16 Informationen der Verwaltung
- 17 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende **KTA Busse** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden durch **KTA Busse** festgestellt. Es gibt keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.09.2023

Beschluss:

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2

4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

5. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Gleichstellungsbeauftragte Tödter informiert in ihrem Bericht zuerst über den am 24. September 2023 stattgefundenen Frauensporttag. Sie macht dabei deutlich, dass es diesen Sporttag nur für Frauen deshalb gibt, weil festgestellt wurde, dass es in Sportvereinen immer noch viel weniger Frauen gibt als Männer, auch wenn die Sportangebote vielfältiger geworden sind und nicht ausschließlich aus Mannschaftssportarten bestehen. Außer umfangreichen Angeboten zur Gymnastik bieten Sportvereine einiges an interessanten Sportangeboten, so auch Stand-Up-Paddling, Bogenschießen und mehr.

Dieser 9. Frauensporttag, den der Kreisportbund gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Peine durchführt und der vom Landessporttag zusätzlich gefördert wird, ist sehr gut angenommen worden. Mehr als 150 Frauen haben teilgenommen und einige von ihnen werden sich hoffentlich in Sportvereinen anmelden.

Anschließend berichtet **Gleichstellungsbeauftragte Tödter** über den alljährlich stattfindenden Frauenempfang und erklärt dazu, dass sie diesen „Empfang nur für Frauen“ solange anbieten wird, bis die Empfänge in Stadt und Landkreis einen Frauenanteil von 50 % haben. Der Frauenempfang im Peiner Forum hatte das Thema „Frauen in den 20er Jahren“. Dazu führt sie aus, dass die Frauen nach dem Krieg mehr und neue Möglichkeiten hatten. Dazu zählte nicht nur der Bereich der Politik, sondern auch der Sport, Freizeitgestaltung, Bildungsmöglichkeiten und der öffentliche Raum. Sie gingen nun zur Arbeit, ins Kino, ins Café oder in Sportvereine.

In den heutigen 20er Jahren gibt es zwei Bereiche, in denen die Frauen sichtbar und vordergründig erfolgreich sind: Erwerbsarbeit und Politik. Die Bildungsabschlüsse und Erwerbsquoten der Frauen sind gestiegen. Frauen finden sich auch immer mehr in Führungspositionen wieder. Dazu verweist **Frau Tödter** auf den gestiegenen Anteil von Frauen in Führungspositionen beim LK Peine. Der Frauenanteil in der Politik stagniert jedoch bei ca. 30 % und Frauenerwerbsarbeit wird häufig immer noch als Zweitverdienst, wie in den 60er Jahren, wahrgenommen.

Abschließend zitiert die Gleichstellungsbeauftragte Fernando Ayala, Kroatien zum Thema „Die Situation der Frauen international“: „Es geht nicht mehr um die Diskriminierung, der Frauen ausgesetzt waren und noch sind, sondern um das Streben nach absoluter Gleichheit der Rechte und Pflichten zwischen Frauen und Männern.“

Im Anschluss verweist **Frau Tödter** auf die gemeinsame Aktion des Soroptimist Clubs Peine mit der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Peine und den Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinden Ilsede, Vechelde, Lengede und Hohenhameln zum „Gedenktag gegen Gewalt gegen Frauen“ am 25.11.2023, den die Beteiligten unter dem Motto „Orange Day“ gestaltet haben. In der Stadt Peine und den Gemeinden wurden orange Bänke zum Verbleib als Mahnung mit einer Plakette mit dem Hinweis auf Frauenhaus und BISS Beratungsstelle aufgestellt. Gleichzeitig gab es dazu einen gemeinsamen Presseartikel in der Braunschweiger Zeitung. In der Stadt Peine gab es eine Mahnwache gegenüber der Jakobikirche, die der Soroptimist Club Peine mit der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Peine und der Unterstützung des Frauenhauses durchgeführt hat. Der Text, der durch Lautsprecher zu hören war, macht deutlich, dass Gewalt gegen Frauen ein gesellschaftliches Problem ist und Schutzräume allein das Problem nicht lösen. Die Gesellschaft muss verhindern, dass Gewalt gegen Frauen passiert. Prävention muss in den Blick genommen werden: Dazu gehören traditionelle Frauen- und Männerbilder, die sich unter „rosa und hellblau“ in den sozialen Medien noch verstärken. So hat eine Studie von Plan International zum Thema „Spannungsfeld Männlichkeit“ bei der Befragung von 18-35 Jahre alten Männern u.a. herausgefunden, dass 34 % der Männer gegenüber Frauen schon mal handgreiflich werden, um

ihnen Respekt einzuflößen. Der Text, der über Lautsprecher in der Fußgängerzone zu hören war, wurde mit Foto einiger Beteiligter an die Mitglieder des Ausschusses verteilt.

6 . Rettungsdienst: Erlass einer Gebührensatzung Vorlage: 2023/125

EKRin Conrady erläutert, dass durch die Gebührensatzung eine Regelungslücke für die Abrechnung mit Privatversicherten geschlossen wird. Die in der Gebührensatzung aufgeführten Tarife basieren auf den mit den gesetzlichen Krankenkassen vereinbarten Pauschalen der Entgeltvereinbarung. Damit ist eine Gleichbehandlung von gesetzlich und privat Versicherten sichergestellt. Durch **Fachdienstleiter Ordnungswesen Hornemann** wird ergänzt, dass es nicht zu Problemen gekommen ist, die Gebührensatzung jedoch die rechtlich korrekte Grundlage für Abrechnungen mit Privatpatienten darstellt.

Beschluss:

Die Kosten für Rettungsdiensttransporte, die nicht mit den Kostenträgern abgerechnet werden können, werden ab dem 01.01.2024 gemäß der vorliegenden Gebührensatzung erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung/en: 1

7 . Änderung der Jagdsteuersatzung Vorlage: 2023/144

EKRin Conrady berichtet, dass die Jagdsteuer seit 30 Jahren nicht erhöht wurde. Man möchte nun den geänderten Verhältnissen Rechnung tragen und zukünftig 30 Prozent des Jagdwertes statt der bisherigen 20 Prozent erheben. **KTA van Leeuwen** merkt an, dass es sich dabei um eine 50-prozentige Erhöhung handelt.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung erfolgt - zur Kenntnis genommen.

8 . Produktbericht Jahresabschluss 2022 für das Dezernat "Zentrale Verwaltung, Ordnung und Recht" ohne Fachdienst "Schule, Kultur und Sport" Vorlage: 2023/148

Keine Abstimmung erfolgt - zur Kenntnis genommen.

9 . Produktbericht Jahresabschluss 2022 für das Budget "Landrat und Stabsstellen" Vorlage: 2023/149

Keine Abstimmung erfolgt - zur Kenntnis genommen.

10 . Produktbericht Jahresabschluss 2022 für das Budget "Allgemeine Finanzierungsmittel" Vorlage: 2023/150

KTA Möhle äußert, dass manches nicht zu steuern ist und nennt dabei die eingesparten Personalkosten als Beispiel. Diese sind eigentlich kein Erfolg, da sie dazu führen, dass auf der anderen Seite Qualitätsziele nicht erreicht werden.

KTA Falk erfragt, was zu den deutlich geringeren sonstigen Aufwendungen im Produkt 12710 „Rettungsdienst“ gehört und ob die Kosten für die Ausbildung darunterfallen. **Fachdienstleiter Hornemann** sagt zu, diese Informationen nachzureichen.

Nachgelieferte Information:

Die Budgetverbesserung hat keine negativen Auswirkungen auf die Tätigkeiten der für die Durchführung des Rettungsdienstes beauftragten Leistungserbringer – insbesondere nicht im Bereich der Ausbildung. Die dargestellte Budgetverbesserung ist das Ergebnis zwischen dem außergewöhnlich langen Verhandlungszeitraum der Haushaltsplanung auf der einen Seite und tatsächlichem Budgetabschluss mit den Kostenträgern (Krankenkassen) auf der anderen Seite.

Zu den sonstigen Aufwendungen im Rettungsdienst, die zu einem kleinen Teil zu der Budgetverbesserung beigetragen haben, gehören Softwarepflegekosten, die im Vergleich zur Planung geringer ausgefallen sind.

KTA Schmidt möchte wissen, ob im Bereich Wahlen Personalkosten anfallen, wenn im entsprechenden Jahr keine Wahlen stattfinden, worauf **Fachdienstleiterin Finanzen Geerts** entgegnet, dass auch in den Jahren, in denen keine Wahlen stattfinden, z. B. Vorbereitungsarbeiten durchgeführt werden müssen. Die Stellen sind dauerhaft besetzt und haben weitere Aufgabengebiete.

Fragen zu Mehrkosten für den ÖPNV und Kosten der Schülerbeförderung zwischen Duttensstedt und Stederdorf wird **KTA Schmidt** schriftlich einreichen.

Keine Abstimmung erfolgt - zur Kenntnis genommen.

**11 . Beteiligungsbericht des Landkreises Peine 2023
Vorlage: 2023/128**

KTA Schmidt erkundigt sich, wer die im Beteiligungsbericht auf Seite 93 im Teil REA genannten politischen Vertreter sind. **EKRin Conrady** sichert die Nachlieferung dieser Information zu.

Nachgelieferte Information:

Der Landkreis selbst ist nicht Mitglied im Verein „Regionale EnergieAgentur“ (REA), wohl aber die wito GmbH und wird insofern auch über die Aktivitäten des „Runden Tische Elektromobilität“ informiert. Ein Teilnehmer wurde bisher von dort nicht entsandt.

Keine Abstimmung erfolgt - zur Kenntnis genommen.

**12 . Doppischer Produkthaushalt 2024 für das Dezernat "Zentrale Verwaltung, Ordnung und Recht" ohne Fachdienst "Schule, Kultur und Sport"
Vorlage: 2023/157****Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung erfolgt - zur Kenntnis genommen.

**13 . Doppischer Produkthaushalt 2024 für die Budgets des Landrates, der Referate 1 bis 4 sowie Personalrat und Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: 2023/158****Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung erfolgt - zur Kenntnis genommen.

14 . Doppischer Produkthaushalt 2024 für das Budget 8 - Allgemeine Finanzierungsmittel
Vorlage: 2023/159

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung erfolgt - zur Kenntnis genommen.

15 . Maßnahmen der Fachdienste des Dezernats I ohne "Schule, Kultur und Sport" sowie der Referate 1 bis 4 zur Aufnahme in das Haushaltssicherungskonzept
Vorlage: 2023/162

KTA Falk spricht die im Punkt 21 empfohlene Einsparung über 150.000 € im Haushaltsjahr 2025 an und erfragt, ob das Verfahren ohne anwaltliche Begleitung möglich ist oder ob insgesamt die Planung der Neuorganisation verschoben wird.

EKRin Conrady erläutert, dass Vorarbeiten dazu notwendig sind, welche Parameter betroffen sind und welche Kosten für die Rekommunalisierung anfallen. Es wird eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erfolgen. Sobald man soweit ist, dass eine anwaltliche Begleitung notwendig wird, wird geprüft, ob entsprechende Gelder im Haushalt zur Verfügung stehen.

KTA Falk erfragt zudem zum unter Punkt 19 genannten Ausbildungszentrum Rettungsdienst, ob es bei der Anmietung von Räumlichkeiten von jährlich 18.000 € noch Verhandlungsspielräume gibt. **Fachdienstleiter Hornemann** erklärt, dass es sich dabei um die Verlegung zum DRK handelt und dies zur Disposition steht, da es sich nicht um eine Pflichtaufgabe handelt. Eventuell ist dort noch ein Verhandlungsspielraum vorhanden.

KTA Falk merkt dazu an, dass die Situation der Rettungswache in Stederdorf nicht haltbar ist und erkundigt sich, welche Art von Ausstattung ebenfalls unter Punkt 19 gemeint ist, da aktuell Mobiliar vorhanden ist. Dies ist nur die Standardausstattung an Mobiliar und weitergehende Technik ist unter den Punkten 38 und 39 aufgeführt beantwortet **Fachdienstleiter Hornemann**. Das aktuelle Mobiliar ist schon stark in die Jahre gekommen.

KTA Falk erkundigt sich zu Alternativen und fragt, ob dann weiter der Standort Stederdorf genutzt wird oder ob keine Ausbildung mehr stattfinden soll. **Fachdienstleiter Hornemann** gibt an, dass die Ausbildung wichtig ist aber aktuell fraglich ist, ob es im nächsten Jahr zu einer Realisierung des Umzuges kommen kann.

KTA Falk möchte zudem wissen, wieso aktuell mit steigenden Erträgen durch den Pflichtumtausch der Führerscheine gerechnet wird. Bisher wurde von einer Kostendeckung ausgegangen. **Fachdienstleiter Straßenverkehr Gleicher** erläutert, dass die aktuelle Situation unglücklich ist und es teilweise ein halbes Jahr Terminvorlauf z. B. für Berufskraftfahrer oder bei Wiedererteilungen gibt. Das Personal soll aufgestockt werden, wobei jeder alles macht und bei Einarbeitung mit den einfachen Aufgaben beginnt. Durch mehr bearbeitete Aufträge wird mit mehr Erträgen gerechnet.

EKRin Conrady spricht Punkt 10 der Liste der Haushaltssicherungsmaßnahmen an und führt aus, dass aktuell die Kosten für die Stellenausschreibungen immer in dem Produkt gebucht werden, in dem sie anfallen. Da in den Fachdiensten teilweise unterschiedliche Konten genutzt werden, gibt es keine genaue aktuelle Aufstellung über alle für Stellenausschreibungen entstandenen Kosten. Die Ausschreibungen werden immer in der PAZ und der Braunschweiger Zeitung veröffentlicht und verursachen Kosten von ca. 8.000 € pro Wochenende. Aktuelle Erhebungen haben gezeigt, dass die überwiegenden Bewerbungen nicht aufgrund der Zeitungsanzeigen eingehen, sondern durch Anzeigen in Jobbörsen und sozialen Medien. Das Portal Job38 bietet ein Pauschalangebot für ca. 14.000 € an, losgelöst von der Anzahl der Anzeigen. Durch dieses Portal werden die Menschen im Umkreis erreicht. Dabei werden auch andere Interessenten angesprochen, was wichtig ist, da aktuell ca. 60 Prozent der po-

tentiellen Bewerber zufällig aufmerksam werden. Die PAZ bietet kein Pauschalangebot. Zukünftig sollen nur noch bestimmte Stellen gezielt in den Printmedien ausgeschrieben werden.

Weiterhin merkt **EKRin Conrady** an, dass die Punkte 30 und 31 korrigiert werden müssen. Die unter Punkt 30 (Digitalisierung) angesprochene Stelle war vorher zusätzlich beantragt und wurde bereits verwaltungsintern zurückgestellt, sodass dieser Punkt nicht als Sicherungsmaßnahme möglich ist und gestrichen werden muss. Die Stelle unter Punkt 31 (Koordination) nimmt teilweise Pflichtaufgaben wahr. Es gibt zunehmend viele datenschutzrechtliche Belange, bei denen Verfahren in Gang gesetzt werden müssen. Die Umsetzung wird daher seitens der Verwaltung entgegen der Vorlage nicht empfohlen.

KTA Meyer erfragt, was Compliance auf Deutsch bedeutet und warum kein deutsches Wort genutzt wird. **EKRin Conrady** erläutert, dass es sich bei Compliance um einen feststehenden Begriff handelt. Er umschreibt das rechtssichere und regeltreue Arbeiten sowie besondere interne Richtlinien oder Verhaltensregeln. Diese gelten sowohl intern als auch für die Arbeit nach außen.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung erfolgt – zur Kenntnis genommen.

16 . Informationen der Verwaltung

EKRin Conrady berichtet, dass sie mit Fachdienstleiterin Finanzen Geerts beim Ministerium für Inneres und Sport (MI) in Hannover war. Die prekäre Lage der meisten Landkreise ist dort bekannt, das MI wird die Prüfung mit Augenmaß durchführen. Das Haushaltssicherungskonzept muss jedoch aufgestellt werden und Maßnahmen für die nächsten Jahre enthalten, wie das Defizit minimiert werden kann. Es müssen auch Standards betrachtet werden und man muss sich überlegen, wie man sich perspektivisch aufstellen will. Die Probleme sind im wesentlichen nicht durch den Landkreis entstanden, sondern entstehen u.a. durch eine Unterfinanzierung bei wichtigen Themen wie Wohngeldreform, Unterbringung von Flüchtlingen oder Kita-Betreuung. Durch den Ukraine Krieg sind zudem Energiekosten und Betriebskosten stark gestiegen. Die Verträge wurden zu Zeiten abgeschlossen, in denen die Preise hoch waren, sodass man auch wenn die Preise aktuell sinken an die hohen Preise gebunden ist. Öffentliche Baumaßnahmen liegen zudem weiterhin 20-30 Prozent über den Vorkosten. Das Thema „Wiederaufbau Sireneninfrastruktur“ wurde durch ein Ingenieurbüro begleitet und die dort geschätzten Kosten von 2,2 Mio. € haben sich um 50 % erhöht und liegen nun bei 3,3 Mio. €. Vor Weiterleitung des Haushaltsplanentwurfes wurden bereits durch eine Änderungsliste 9 Mio. € gestrichen. Insgesamt müssen Wege für Einsparungen gefunden werden. Die Einsparungen müssen dem MI dargelegt werden, um eine Genehmigung bekommen zu können.

17 . Anfragen und Anregungen

KTA Schmidt fragt, ob es durch das Ingenieurbüro nicht zur Verfügung gestelltes Material gibt. **EKRin Conrady** sichert zu, dass beim Ingenieurbüro nachgefragt wird.

Auf eine Nachfrage von **KTA Meyer** wird durch **EKRin Conrady** erklärt, dass Standorte von Sirenen für einen Katastrophenfall in einem bestimmten Radius gesucht wurden, sodass im Bedarfsfall alle erreicht werden können.

Der Ausschussvorsitzende **KTA Busse** schließt die Sitzung um **18:01 Uhr**.

gez. Busse	gez. Conrady	gez. Samland
<hr/> Björn Busse Ausschussvorsitz	<hr/> Bettina Conrady Erste Kreisrätin	<hr/> Maren Samland Protokollführung